

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

20. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Juni 2001, 10:00 Uhr,  
im Kieler Rathaus, Ratsherrenzimmer

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Hermann Benker (SPD)

in Vertretung von Frau Rodust

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Claus Ehlers (CDU)

Gisela Böhrk (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Landtagspräsidenten, Heinz-Werner Arens, über</b>	
<b>a) Aktivitäten der BSPC im Zeitraum des deutschen Vorsitzes</b>	4
<b>b) Stand der Vorbereitungen der 10. BSPC in Greifswald</b>	7
<b>c) Entwicklung der Beziehungen zu Kaliningrad</b>	8
<b>d) Memorandum über die Zusammenarbeit mit dem pommerschen Sejmik</b>	10
<b>e) Entschließung der Landtagspräsidentenkonferenz zum Post-Nizza-Prozess</b>	11
<b>2. Bericht der Stadtpräsidentin, Cathy Kietzer, über die Städtepartnerschaft Kiel - Kaliningrad</b>	16
<b>3. Bericht des Stadtbaurats der Stadt Kiel, Ronald Klein-Knott, über das geplante Hörnprojekt</b>	19
<b>4. Vorstellungen des URBAN-Büros</b>	20
<b>5. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2001</b>	21
<b>6. Verschiedenes</b>	22

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Landtagspräsidenten, Heinz-Werner Arens, über**

**a) Aktivitäten der BSPC im Zeitraum des deutschen Vorsitzes**

P Arens berichtet, die kommende, die 10. Ostseeparlamentarierkonferenz, finde in Greifswald statt. Nach den Geschäftsordnungsbestimmungen der BSPC sei der Gastgeber für diesen Zeitraum Mitglied im Standing Committee, für den er, P Arens, den Vorsitz und die Sprecherrolle inne habe.

Er wolle drei grundlegende **Schwerpunktbereiche** der **Aktivitäten im Zeitraum des deutschen Vorsitzes** hervorheben: Erstens die **Umsetzung** der **Schlussresolution** der vorausgegangenen **Konferenz von Malmö** und zweitens das Bemühen, die Konferenz strukturell weiter zu verfestigen und sie als zweite Säule neben dem Ostseerat zu festigen. Ein dritter Bereich, der gemeinsame Schnittmengen mit den beiden zuerst genannten Aufgaben aufweise, sei die Vorbereitung der diesjährigen Konferenz. Trotz der durch den Nordischen Rat wahrgenommenen Sekretariatsfunktion und der Gastgeberrolle des Nachbarlandes Mecklenburg-Vorpommern habe sein Vorsitz dazu geführt, dass die Hauptverantwortung für die Vorbereitung dieser Konferenz in Schleswig-Holstein gelegen habe und liege.

Hinsichtlich der Umsetzung der Schlussresolution von Malmö sei insbesondere die Forderung nach Einrichtung einer **Ostsee-Jugendstiftung** zu nennen. Hier sei er nicht in der Lage, eine Erfolgsmeldung abzugeben. Letztlich sei es nur gelungen, eine grundlegende Übereinstimmung mit den Regierungen und dem deutschen Außenminister als Vorsitzenden des Ostseerates herbeizuführen. In dem Gespräch, das das Standing Committee mit dem Bundesaußenminister geführt habe, sei klar geworden, dass die Regierungsseite mehr dazu neige, ein Jugendwerk denn eine Jugendstiftung zu errichten. Es bestehe weiter grundsätzliche Bereitschaft, das Ostseejugendsekretariat in Kiel zu verstärken und auszubauen. Er werde der Konferenz in Greifswald daher entsprechend zu berichten haben, aber auch keinen Hehl daraus machen, dass er weiterhin empfehle, eine Jugendstiftung zu errichten.

Die **Ostsee-Sommerakademie** für junge Führungskräfte habe in diesem Jahr unter Federführung des SCHIFF einen Probelauf gestartet und werde im nächsten Jahr offiziell starten. Die

Sommerakademie solle in Schleswig-Holstein starten und dann in eine Reihe anderer Länder wandern. Es gebe eine Reihe von Zusagen, Akademieplätze zu übernehmen, so dass er hoffnungsvoll sei.

Zu nennen sei auch die Förderung der universitären Zusammenarbeit in Gestalt des **Baltic University Ring**. Die Aufgaben seien hier aufgeteilt worden. Einen Teil der Aufgaben habe Hamburg übernommen. In Greifswald werde voraussichtlich berichtet werden können, dass in allen Ländern eine oder zwei Universitäten oder Fachhochschulen gefunden worden seien, die bereit seien, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Was die Konferenz vermutlich stärker beschäftigen werde, als das ursprünglich geplant gewesen sei, sei die Frage der **Schiffssicherheit**. Damit habe sich die Konferenz bereits in Malmø beschäftigt. Unter Federführung von Mecklenburg-Vorpommern werde dies weiter vorangetrieben. Ziel sei, eine entsprechende Resolution zu verabschieden und darauf zu drängen, dass entsprechende Entscheidungen beschleunigt würden. Zu diesem Thema werde ein Bericht des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet, der zu dieser Thematik eine umfangreiche Anhörung durchgeführt habe.

P Arens geht sodann auf die Bemühungen um die **strukturelle Festigung der BSPC** ein.

Ein Höhepunkt der BSPC-Aktivitäten sei fraglos die Zusammenkunft des Standing Committee mit dem Vorsitzenden des Ostseerates, Außenminister Fischer, im März dieses Jahres in Berlin gewesen. Im Rahmen dieser Zusammenkunft sei allgemein über die Frage der Jugendstiftung, über die Einbindung Kaliningrads und den europäischen Entwicklungsprozess diskutiert worden.

Bezüglich Kaliningrad sei folgendes Einverständnis erzielt worden. Kaliningrad müsse stärker in den Prozess einbezogen werden. Jeder habe an seiner Stelle dafür zu sorgen, dass Kaliningrad auf der Agenda von Europa bleibe. Für erfreulich halte er, P Arens, dass sich Kaliningrad auf der Agenda befinde, auch wenn im Substanziellen noch keine Fortschritte zu verzeichnen seien.

Ein weiterer herausgehobener Programmpunkt sei seine Teilnahme an dem Ministertreffen des Ostseerates in Hamburg gewesen. Er habe in seiner Funktion als Sprecher des Standing Committee Gelegenheit gehabt, über die Schwerpunkte der Aktivitäten der Arbeit zu berichten. Er wolle auch hier vortragen, dass die Zusammenarbeit zwischen BSPC, Standing Committee und dem Ostseerat gut geworden sei, insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Ostseebeauftragten des Auswärtigen Amtes, Herrn Botschafter Dr. Heimsoeth. Er habe die Gele-

genheit genutzt, dafür zu appellieren, auch nach Beendigung des deutschen Vorsitzes der BSPC die Institution eines Ostseebeauftragten beizubehalten.

Probleme bereite nach wie vor die äußerst zurückhaltende Verhaltensweise der russischen Seite. Auch hier befinde man sich auf einem guten Weg. Vor einigen Wochen sei ein Treffen des Standing Committee mit dem Vorsitzenden der Duma vorgesehen gewesen; leider sei es nicht zustande gekommen. Es werde nunmehr versucht, ein neues Treffen zu vereinbaren. Absicht sei, der Duma die Sichtweise des Standing Committee über die Wichtigkeit der Ostseekooperation zu verdeutlichen.

Das Standing Committee werde nach der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald nach Brüssel reisen und mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Nicole Fontaine, ein Gespräch führen. Die Absicht sei, damit die offizielle Einführung von BSPC in Europa zu verbinden.

Es sei einiges auf den Weg gebracht. Er, P Arens, betone aber immer wieder, dass die Ostseekooperation auf allen Feldern und auch im parlamentarischen Bereich ein fortdauernder Prozess sei. Es sei ermutigend, dass die BSPC seit Einführung der neuen Geschäftsordnungsregeln vor zwei Jahren auf den Åland-Inseln ein wichtiger Partner und die zweite Säule im Rahmen der Ostseekooperation sei. Die BSPC werde auf jeden Fall wahrgenommen. Das zeige auch der an sie herangetragene Wunsch der in der Adriatisch-Ionischen-Initiative zusammengeschlossenen nationalen Parlamente der Adria-Anrainerstaaten, mit der BSPC eng zusammenzuarbeiten. Angesichts der Rivalitäten, die zwischen dem Mittelmeerbereich und dem Ostseebereich bestünden, halte er es für wesentlich, dass die Wünsche an die BSPC herangebracht worden seien, mit ihr zusammenzuarbeiten und sich daran zu orientieren, wie Ostseekooperation aufgebaut werde. Auch das sei ein Zeichen, das zumindest symbolische Auswirkungen habe.

\* \* \*

Eine Frage des Abg. Ritzek beantwortet P Arens dahin, dass aus der Zentrale in Moskau nach wie vor keine klare erkennbare Linie bezüglich Kaliningrad erkennbar sei.

Im Folgenden wird aufgrund einer Frage von Abg. Ritzek die Rolle Kaliningrad als Enklave Russlands sowie die damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten thematisiert.

## b) Stand der Vorbereitungen der 10. BSPC in Greifswald

P Arens trägt vor, das Programm der 10. BSPC in Greifswald gliedere sich inhaltlich in zwei Hauptteile, nämlich zum einen **Schiffssicherheit** und zum anderen **Zivilgesellschaft**. Beide Schwerpunkte wiesen sicherlich inhaltlich keine Verbindung auf. Ein Vorteil aber sei, dass mit der Schiffssicherheit ein aktuelles und konkret zu behandelndes Thema auf der Tagesordnung stehe. Der Themenbereich der Zivilgesellschaft sei naturgemäß viel weiter gefasst. Dabei werde es sich zunächst einmal um eine Grundsatzdebatte handeln. Es werde sicherlich ständiges Thema der folgenden Jahre sein.

Wichtig sei ferner, dass das auf der Tagesordnung stehe, was bereits auf der Konferenz in Lübeck begonnen wurde, die engere **Verbindung zu den Nichtregierungsorganisationen**.

Dem Umstand, dass man es mit der 10. Parlamentarierkonferenz mit einer Jubiläumsveranstaltung zu tun habe, werde durch zwei besondere „Randaktivitäten“ Rechnung getragen. Es werde eine kleine **Festschrift** herausgegeben, die die Entwicklung der BSPC in den vergangenen zehn Jahren festhalte. Ferner werde die **Internetpräsentation** der Ostseeparlamentarierkonferenz im Rahmen des Eröffnungsabends vorgestellt werden. Das erste Projekt stehe unter polnischer Federführung, bei dem zweiten habe sich Schleswig-Holstein stark engagiert.

Die Delegationsstärke für die beteiligten Parlamente seien unverändert. Die Einladungen seien nunmehr von Mecklenburg-Vorpommern versandt worden. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Europaausschusses seien zu dem traditionellen Koordinierungstreffen der deutschen Delegation eingeladen worden. Dort werde über weitere Details informiert werden. Vor allem werde die erforderliche Abstimmung gesucht werden, was die Formulierung des Entwurfs der Schlussresolution betreffe.

Der Europaausschuss habe zu diesem Punkt selbst eine Initiative ergriffen, die nach seinem Erkenntnisstand fraktionsübergreifend unterstützt werde, nämlich durch die Initiative **„Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der Ostseeregion“**. Er könne sich vorstellen, dass dieser Vorschlag weitgehende Unterstützung finden werde. So habe LD Dr. Schöning am Rande des CBSS-Außenministertreffens am vergangenen Donnerstag in Hamburg Sondierungsgespräche mit der CBSS-Kommissarin für Menschenrechte, Frau Helle Degn, mit positivem Ergebnis geführt. Die Kommissarin begrüße diese Initiative ausdrücklich, weil nach ihrem Eindruck das demokratische Parlament und die parlamentarische Kontrolle im Gesamtrahmen der Ostseekooperation nach wie vor unterentwickelt seien. Von den drei die Ostsee-

kooperation tragenden Säulen - Regierungen, Parlamente und Nichtregierungsorganisationen - müssten nach ihrer Auffassung insbesondere die Handlungsmöglichkeiten der letztgenannten gestärkt werden. Er, P Arens, halte diese aus dem Mund einer Kommissarin stammende Äußerung für bemerkenswert. Sie bestätige auch seine Einschätzung, der Defizitbereich Europas liege generell im parlamentarischen Bereich.

### **c) Entwicklung der Beziehungen zu Kaliningrad**

P Arens berichtet, er habe am 2. März dieses Jahres gemeinsam mit LD Dr. Schöning einen **Arbeitsbesuch in Kaliningrad** durchgeführt. Gesprächspartner seien gewesen der neue Vorsitzende der Gebietsduma, Wladimir Nikitin, der Vorsitzende des unter anderem für die Auswärtigen Beziehungen zuständigen Ausschusses, Wladimir Bagalin, Gouverneur Wladimir Jegorow, Vizegouverneur Michail Zickel, der für die auswärtigen Beziehungen in der Gebietsverwaltung zuständig sei, und der Botschafter Russlands in der Kaliningrader Oblast, Arthur Kusnezow.

P Arens erinnert daran, dass er den Abgeordneten mit Schreiben vom 19. März dieses Jahres einen ausführlichen Gesprächsvermerk hat zukommen lassen. Außerdem sei dies ausführlich in der Landtagszeitung aufgegriffen worden, sodass er dies bei dieser Gelegenheit nicht im Einzelnen wiederholen müsse.

Das Wichtigste sei Folgendes. Gewollt sei ein regelmäßiger Austausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsverwaltungen. Informationsmaterial über beide Parlamente sollten auf Russisch und Deutsch erstellt werden. Für wichtig halte er die Kontakte im Bereich der Jugendlichen. Stichworte seien hier die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ und das Jugendparlament in Kaliningrad. Gewollt sei vor allem auch die Kooperation der beiden für Europa zuständigen Ausschüsse; der Kaliningrader Ausschuss heiße Ausschuss für Rechtsordnung und Sicherheit, internationale und interregionale Beziehungen.

Ende April sei Frau Prof. Dr. Schmidt-Kärner, die Referentin für Kaliningrad, einige Tage vor Ort gewesen. Zum Thema Landwirtschaft, das bei diesem Treffen eine besondere Rolle gespielt habe - Frau Prof. Dr. Schmidt-Kärner habe mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bodennutzung, natürliche Ressourcen und Ökologie, Michail Tschaipow, gesprochen - könne sicherlich Claus Ehlers bei anderer Gelegenheit etwas sagen. Bei diesem Ausschuss handele es sich im Übrigen nicht um den Agrarausschuss; den gäbe es auch noch. An diesem Besuch hätten auch Vertreter der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ teilgenommen.



Ein wichtiges Ergebnis sei die Erklärung des Landtages Brandenburg zu dem **Memorandum** über die **parlamentarische Zusammenarbeit** zwischen der **Kaliningrader Gebietsduma** und dem **Schleswig-Holsteinischen Landtag** gewesen. Er, P Arens, betrachte diese Erklärung gewissermaßen als einen Beitritt des Landtags Brandenburg zu diesem Memorandum. Ziel sei es, die Zusammenarbeit der Parlamente auf eine dreiseitige Grundlage zu stellen. Die Kaliningrader Gebietsduma beabsichtige, entsprechende Kontakte mit Niedersachsen aufzunehmen. Er, P Arens, habe den dortigen Landtagspräsidenten, Rolf Wernstett, mit der Bitte angeschrieben, dies zu unterstützen.

Die **Erklärung des Landes Brandenburg** und die sich darauf beziehenden Erklärungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Kaliningrader Gebietsduma seien im Rahmen eines Deutsch-Russischen Tages im Deutsch-Russischen Haus am 5. Mai in Kaliningrad unterzeichnet worden, und zwar vom Präsidenten des Landtages Brandenburg und den beiden Vizepräsidenten Walerij Frolow und Thomas Stritzl. Dieses Ereignis sei in zahlreiche Gespräche und Begegnungen sowohl mit Politikern in der Duma als auch mit Unternehmern und Pressevertretern eingebunden gewesen.

Der nächste Schritt sei die Gründung des „**Initiativkreises Kaliningrad**“ am 8. Mai 2001 gewesen. Zahlreiche Verbände seien der Einladung gefolgt. Inzwischen gebe es eine systematische Nacharbeitung dieser Sitzung, indem alle einen Fragebogen erhalten hätten, um systematisch aufzulisten und zusammentragen zu können, welche Kontakte vorhanden seien.

Um die Bedeutung, die Kaliningrad für Schleswig-Holstein habe, zu unterstreichen, aber auch aus der objektiven Notwendigkeit heraus, sich der Probleme, die dieses Gebiet habe, anzunehmen, sei Kaliningrad in diesem Jahr zum Schwerpunkt des Kieler-Woche-Gesprächs gemacht worden. Es werde zwei interessante Referenten geben. Zu dem Thema „**Perspektiven für das Kaliningrader Gebiet im Rahmen der EU-Osterweiterung**“ werde Wladimir Nikitin aus der Sicht der Kaliningrader referieren, ihre Erwartungen und ihre Erfahrungen darstellen. Der zweite Referent werde Dr. Hans-Jürgen Heimsoeth aus dem Auswärtigen Amt sein. Sein Thema sei „**Die Region Kaliningrad im Rahmen der Erweiterung der EU und der regionalen Kooperation des Ostseerates**“.

Kaliningrad sei bereits in letzten Jahren Thema des Kieler-Woche-Gesprächs gewesen. Im letzten Jahr habe, abgesehen vom Referenten, Herrn Kusnezow, dem russischen Botschafter in Kaliningrad, keine Teilnehmer aus Kaliningrad gegeben. In diesem Jahr kämen außer Herrn Nikitin auch die Herren Bagalin, Jegorow und Zickel. Am Rande dieses Gespräches würden noch gesonderte Gespräche stattfinden. Dazu würden auch die Brandenburger hinzugezogen.

Für die weitere Entwicklung wolle er auf die beabsichtigte Reise der beiden Ausschussvorsitzenden nach Kaliningrad in absehbarer Zeit und die Aktion „Schleswig-Holstein stellt sich vor in Kaliningrad“ hinweisen. Diese Aktion sei von der Landesregierung initiiert. Der Landtag beteilige sich daran in Form einer Ausstellung schleswig-holsteinischer Künstler im Deutsch-Russischen Haus vom 4. bis 21. April 2002. Einen Tag später - das sei im Übrigen die Woche nach Ostern - werde eine Ausstellung über den Landtag in russischer Sprache in der Gebietsduma eröffnet. Schließlich - damit sei er wieder beim Europaausschuss - werde der Europaausschuss an der Eurofakultät ein Kolloquium ausrichten.

In Sachen Kaliningrad sei noch viel zu tun. Er sei aber optimistisch, dass es gelingen werde, nicht nur die eigene Arbeit einzubringen, sondern vor allem über den Initiativkreis Kaliningrad andere zu ermuntern mitzumachen und angesichts der Probleme, die es nach wie vor beispielsweise im Bereich des Grenzübertretes gebe, nicht zu resignieren.

#### **d) Memorandum über die Zusammenarbeit mit dem pommerschen Sejmik**

hierzu: Umdruck 15/1156 (neu)

P Arens berichtet, der Wunsch, mit dem pommerschen Sejmik eine partnerschaftliche Beziehung aufzunehmen, habe eine längere Vorgeschichte. Bereits bei seinem ersten Besuch in Kiel vor drei Jahren habe der Wojewode Jan Zarebski Überlegungen in diese Richtung angeregt, die sich in den Folgejahren weiter verfestigt hätten. So habe sich der Präsident des Sejmik, Grzegorz Grzelak, noch einmal öffentlich zu diesem Vorschlag bekannt und ihn erneuert.

Er, P Arens, habe anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung schleswig-holsteinischer bildender Künstler Ende Januar dieses Jahres in Danzig und Zoppot die Gelegenheit genutzt, politische Gespräche zu führen. Vereinbart worden sei, noch in diesem Jahr ein **Memorandum** über die **Zusammenarbeit der Parlamente** zu verabschieden. Ein Entwurf liege vor. Er habe zwischenzeitlich dem Ältestenrat berichtet, der signalisiert habe, dass dieser etwas forcierte Zeitplan durchaus in seinem Sinne sei.

Er gehe davon aus, dass das Memorandum in den nächsten Wochen unterschriftsreif sein werde. Man sei dann dem Ziel einen Schritt näher, den Bereich der südlichen Ostsee mit einem Netz von Partnerschaften noch enger zusammenzubinden.

Was noch fehle, in Vorgesprächen aber bereits angesprochen worden sei und noch auf den Weg gebracht werden könne, sei eine partnerschaftliche Vereinbarung mit Südschweden, mit der Regionen Schonen/Malmö. Vertreter dieser Region hätten ihm und der SPD-Fraktion ge-

genüber entsprechendes Interesse geäußert. Dem Parlament insgesamt gegenüber wollten sie das noch tun. Dann hätten alle betroffenen Gebiete - Kaliningrad, Mecklenburg-Vorpommern, Südschweden und Schleswig-Holstein - jeweils zweiseitige Partnerschaften. Das solle seiner, P Arens, Auffassung nach noch geschehen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald werde auch dazu genutzt werden, die Kontakte weiter auszubauen.

Trotz dem verfassungsrechtlichen sehr unterschiedlichen Status werde im Rahmen dieser Konferenz einvernehmlich gemeinsam gehandelt. Er halte es wichtig, sich nicht an Formalien festzuhalten, sondern zu inhaltlicher Zusammenarbeit zu kommen.

#### **e) Entschließung der Landtagspräsidentenkonferenz zu Post-Nizza-Prozess**

P Arens berichtet, die deutschen Landtagspräsidenten befassten sich seit vielen Jahren unter unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem europäischen Einigungsprozess und hier insbesondere mit der Rolle der Parlamente in diesem Geschehen. Die **Landesparlamente** hätten - daran bestehe überhaupt kein Zweifel - in diesem Konzert wohl die schwächste Stimme. Soweit es überhaupt gelungen sei, Fragen des Kompetenztransfers zugunsten der Länder zu entscheiden, seien die Regierungen und nicht die Parlamente die Nutznießer, wie Artikel 23 des Grundgesetzes eindeutig zeige.

Er fährt fort, er habe dem Europaausschuss im März einen unter der gemeinsamen Federführung von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein in einer Arbeitsgruppe der Landtagsdirektoren erarbeiteten Entschließungsentwurf zum Post-Nizza-Prozess und zur EU-Osterweiterung zugeleitet. Er habe dies seinerzeit im Hinblick auf die im Landtag durchgeführte Aussprache zum Post-Nizza-Prozess getan, die nach dem Willen des Plenums im Europaausschuss weiter behandelt werden solle. So habe er den Ausschuss frühzeitig in die Lage versetzen wollen, diese Ausarbeitung der Landtagsdirektoren in den Beratungen zu berücksichtigen. Die Endfassung der Entschließung durch die Wiener Präsidentenkonferenz Anfang Mai habe er in diesen Tagen veröffentlicht. Dies sei in Form einer Bekanntmachung als Landtagsdrucksache erfolgt.

An dieser Stelle wolle er ein Wort zum Selbstverständnis der **Präsidentenkonferenz** sagen. Die Konferenz habe weder bei der Vorbereitung noch bei ihren Entscheidungen ein förmliches Mandat ihrer Parlamente. Die Präsidenten argumentierten und diskutierten und leisteten ihre Beiträge mit ihrem Verständnis parlamentarischer Arbeit, natürlich nie, ohne sich die Frage zu stellen, ob das, was man einbringe, von den Fraktionen getragen werde, die im Par-

lament vertreten seien. Das dort Eingebraachte werde, lege man es auf die Feinwaage, sicherlich nicht immer von allen Fraktionen getragen werden können. Das Korrektiv sei das Konsensprinzip.

Man solle aber nicht unterschätzen, dass der Wert einer solchen **EntschlieÙung**, deren Adressaten EU-Institutionen ebenso wie Bundestag und Bundesregierung seien, gerade in dem partiübergreifenden Konsens liege. Wenn man sich auf etwas geeinigt habe, sei das eine gute Grundlage. Man könne immer darauf hinweisen, dass es sich um etwas handele, das überparteilich getragen werde; von daher besitze es Gewicht.

Ein besonderes Augenmerk wolle er auf den letzten Abschnitt der EntschlieÙung unter II. lenken, in dem der besondere Beitrag der Landesparlamente zur EU-Erweiterung behandelt werde. Vieles von dem dort angeregten oder geforderten sei in Schleswig-Holstein bereits umgesetzt. Die auf der letzten Seite angesprochene Öffentlichkeitsfunktion der Landesparlamente sei ihm, P Arens, ein besonderes Anliegen. Europapolitik auf allen Ebenen könne nur dann Erfolg haben, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und von der Bevölkerung mitgetragen werde.

Eine gewisse Tragik der Parlamentarier liege darin, dass sie verzeichnen müssten, dass der Integrationsprozess immer schnelleres Tempo gewinne, die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung aber immer mehr abnehme. Eine Antwort darauf sei mit Sicherheit, dass alle Parlamente praktisch keine Rolle im Europaprozess spielten, sondern dies fast ausschließlich nur die Regierungen seien. Die Parlamente hätten hier eine Vermittlungsaufgabe. Dies sei die Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Bürgerinnen und Bürger über Europa diskutierten, werde praktisch nie die Frage gestellt, warum dieser Prozess stattfinde, was daran so wichtig sei, sondern immer nur über die Frage: „Was bringt mir Europa?“ - Hierbei handele es sich um einen höchst problematischen Prozess. Er sei nicht nur damit zu erklären, dass möglicherweise die Regierungen die Parlamente ausgeschaltet hätten. Vielmehr trügen die Parlamente selbst die Verantwortung dafür, sich nicht früher in die Diskussion eingemischt zu haben.

\* \* \*

Abg. Dr. Kötschau regt an, in die **Zusammenarbeit** zwischen Kaliningrad, Brandenburg und Schleswig-Holstein auch **Mecklenburg-Vorpommern** einzubeziehen. - P Arens legt dar, dass der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern diesbezüglich angesprochen worden sei. Gegenwärtig sei noch keine konkrete Stellungnahme abgegeben worden; dort würden andere Schwerpunkte gesetzt.

Der Vorsitzende hält die auch von P Arens angesprochene Vermittlungsfunktion für eine große Chance insbesondere für Landespolitiker.

Abg. Ritzek bittet um Stellungnahme zur **Rolle der Parlamente** aus der Sicht der Landtagspräsidenten. - P Arens weist darauf hin, dass die Landtagspräsidenten einen Appell an die Parlamente gerichtet habe, über diese Frage zu diskutieren. - P Dr. Schöning ergänzt dies mit dem Hinweis auf die von der Landtagspräsidentenkonferenz abgegebenen EntschlieÙung, in der konkrete Forderungen an die Regierungen gerichtet worden seien. - Die Frage von Abg. Steenblock, wann der Landtag voraussichtlich in diesem Jahr über diese Thematik diskutieren werde, beantwortet P Arens dahin, dass die Absicht bestehe, möglicherweise in der ersten Plenartagung nach der Sommerpause darüber zu debattieren.

Abg. Spoorendonk hält es für verlockend, darüber eine Grundsatzdiskussion zu führen. Nicht vergessen werden dürfe aber, dass man sich innerhalb eines Bundesrepublikanischen Systems befinde. Nicht vergessen werden dürften auch die Systeme in anderen Ländern. Festzustellen sei, dass Europa auf einem Regierungsföderalismus basiere. Deshalb sei es wichtig, eine Diskussion über die Rolle und Bedeutung der Parlamente anzustoßen.

Abg. Behm spricht die in **Irland** durchgeführte **Volksabstimmung** ab und äußert seine Befürchtung, dass der Prozess der Osterweiterung verlangsamt werde. - Abg. Steenblock merkt dazu an, er sei nicht sicher, wie eine Volksabstimmung über die Osterweiterung ausgehen würde, wenn sie in der Bundesrepublik durchgeführt würde. Auch aus diesem Grund spreche er sich dafür aus, intensiv mit der Bevölkerung eine Europadiskussion zu führen. - P Arens weist darauf hin, dass in Deutschland keine derartigen Abstimmungen stattfinden werden. In Deutschland werde es aber eine Bewährungsprobe für das Europabewusstsein geben, und zwar vermutlich ab dem Jahr 2006, wenn die Mittel rigoros für den Aufbau neuer Mitgliedsländer der EU insbesondere im Osten verwendet würden. Erforderlich sei eine Grundsatzdiskussion über eine europäische Integration und nicht nur über die jetzt stattfindende westeuropäische Integration. Diese Grundsatzdiskussion könne nur aus den Parlamenten heraus initiiert werden.

Abg. Behm geht auf einen kritischen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über die **Kontakte zu Kaliningrad** ein. Danach fänden Kontakte nur zu einigen wenigen Personen statt, in der Region würden diese praktisch nicht wahrgenommen. Er bittet um Stellungnahme dazu. - P Arens macht darauf aufmerksam, dass mit dem gegründeten Initiativkreis gerade nicht die Absicht verfolgt werde, Kontakte nur zu einigen Leuten zu halten. Zu beachten sei in diesem Zusammenhang, dass die Region Kaliningrad ein „verelendetes Gebiet“ sei, was nur historisch erklärt werden könne. Es gebe dort noch sehr viel zu tun.

Abg. Dr. Kötschau betont, dass die in Moskau getroffenen Entscheidungen eine zentrale Rolle für Kaliningrad spielten. Sie bezieht sich auf die Diskussion zur Rolle der Parlamente und bestätigt, dass häufig Regierungen und nicht Parlamente wahrgenommen würden. Im Übrigen bestätigt sie die Ausführung von P Arens hinsichtlich der Kontakte zu Kaliningrad und hebt hervor, dass es vielfältige Aktivitäten gebe, die in Kaliningrad stattfänden. Politik könne hier nur Rahmenbedingungen setzen. Weiter spricht sie sich dafür aus, aus bisher gemachten Fehlern zu lernen und zu überprüfen, für welche Zwecke Geld ausgegeben werde. Erforderlich sei die Gewährung von Hilfe zur Selbsthilfe sowie Anschubfinanzierungen. Außerdem sollte Einfluss geltend gemacht werden, vernünftige Projekte fortzusetzen.

Abg. Spoorendonk bezieht sich auf die Umsetzung der Beschlüsse von Malmø und bedauert, dass der Vorschlag zur Einrichtung einer Jugendstiftung nicht durchsetzbar gewesen sei. - P Arens hebt hervor, dass im Resolutionsentwurf weiterhin die Empfehlung ausgesprochen werde, eine Jugendstiftung zu errichten.

Abg. Benker stellt die Frage in den Raum, wie die Rechte der Parlamente operationalisiert werden könnten. - P Arens führt aus, die Arbeitsfähigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz, die sich als Gremium nur einmal im Jahr treffe, sei zu schwach. Sie sei im Grunde auf das Organisationsgerüst angewiesen, das ihr vom Nordischen Rat zur Verfügung gestellt werde. Das halte er nicht für ausreichend. Daher stellten sich künftig die Frage der Organisation und der Finanzierung.

Der Vorsitzende stellt abschließend Übereinstimmung darin fest, dass die Parlamentarierkonferenz gestärkt werden sollte. Ferner stellt er fest, dass sich die Struktur der Konferenz durch die EU-Erweiterung ändern werde, was Änderungen an der Organisationsstruktur nach sich ziehen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Stadtpräsidentin, Cathy Kietzer, über die Städtepartnerschaft  
Kiel - Kaliningrad**

Frau Kietzer berichtet, am 18. Juni 1992 sei im Ratsaal des Kieler Rathauses die Partnerschaftvereinbarung zwischen den Städten Kiel und Kaliningrad im Rahmen einer öffentlichen Feierstunde unterzeichnet worden. Kiel habe außerdem einen Partnerschaftsvertrag mit Sovetsk, dem ehemaligen Tilsit. In dem Partnerschaftsvertrag mit Kaliningrad heißt es unter anderem:

„Die Städte Kiel und Kaliningrad werden den Erfahrungsaustausch und die kommunale Zusammenarbeit pflegen...

Die Städte Kiel und Kaliningrad werden den beiderseitigen Austausch auf breiter Basis fördern, um den Bürgerinnen und Bürgern das Verständnis füreinander nahe zu bringen...

In die Zusammenarbeit zwischen beiden Städten werden insbesondere folgende Bereiche eingeschlossen:

- Kultur und Kunst, Bildungswesen und Wissenschaft,
- Wirtschaft - insbesondere die Hafenwirtschaft,
- Touristik und Massenmedien,
- Verkehr, Ver- und Entsorgung, Umweltschutz, Stadtplanung - kommunale Sozial- und Gesellschaftspolitik,
- Sport...

Die örtlichen Gremien und Verwaltungen werden zur Verwirklichung der vereinbarten Programme dieser Gruppen eine koordinierende Funktion wahrnehmen und unterstützend wirken.“

Als diese Vereinbarung getroffen worden sei, habe sich Europa in einer historischen Phase der politischen Veränderungen befunden. Trotzdem sei der Vertrag von Anfang an mit Leben gefüllt worden.

Bereits im Frühjahr 1993 hätten 26 Wirtschaftsstudenten aus Kaliningrad die Landeshauptstadt Kiel besucht. Im gleichen Jahr habe sich die Stadt Kiel während der Deutschen Informations- und Kulturtag in Kaliningrad präsentiert.

Zur Kieler Woche 1994 seien erstmals Kaliningrader Feuerwehrleute nach Kiel gekommen, um die Verbindung der Feuerwehren aus Kiel und Kaliningrad zu festigen.

Des Weiteren seien jedes Jahr Folkloregruppen zur Kieler Woche angereist.

Die gegenseitigen Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern hätten sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Dabei habe es sich im Wesentlichen nicht um ehemalige Königsberger, Ostpreußen oder Heimatvertriebene gehandelt, sondern vor allen Dingen um Jugendliche beider Städte, die Begegnungen gesucht hätten.

Die größte von der Stadt Kiel gestartete Aktion sei die seit 1997 erfolgreiche Hilfsaktion „Russische Partner in Not“. Dafür seien über 200.000 DM zur Verfügung gestellt worden. Mit diesen Mitteln seien Projekte initiiert und aufgebaut worden, die nach wie vor unterstützt würden.

Aus alten Lagerräumen sei ein Heim für Straßenkinder errichtet und möbliert worden.

Kiel unterstütze das einzige Altersheim, dass es in Kaliningrad gebe, ein Heim für 50 Personen bei etwa 90.000 Senioren im Bereich Kaliningrad. Sie, Frau Kietzer, habe in persönlichen Gesprächen mit einem Architekten zu ihrer großen Freude erreicht, dass dort eine neue Heizung mit Warmwasseranlage installiert worden sei.

Weiter unterstütze die Stadt Kiel ein Kinderkrankenhaus für Kinder mit Lungenkrankheiten.

Die genannten seien die drei wichtigsten Projekte, die die Stadt Kiel unterstütze. Klarheit bestehe darüber, dass man sich darauf beschränken müsse. Die Förderung dieser Projekte solle allerdings konsequent fortgesetzt werden.

Weiter sei gemeinsam mit den Stadtwerken ein Umweltpreis gestiftet worden, der jedes Jahr verliehen werde.

Weitere Beispiele für Zusammenarbeit seien die von Fußballvereinen, Schulpartnerschaften, im kulturellen Bereich und auch von Seniorinnen und Senioren, die Teilnahme von Experten



am Kieler Umweltseminar. Zu nennen sei auch, dass Oberbürgermeister Sawenko Kiel im Rahmen der Kieler Woche besuchen werde.

Die Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gegenüber der Duma und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene seien weitere wichtige Bausteine.

\* \* \*

Der Vorsitzende regt an, dass die Stadt Kiel eine Aktion der Städtepartner Kiels für Kaliningrad ins Leben ruft. - Frau Kietzer hält dies für einen interessanten Vorschlag und bekundet ihren Willen, ihn aufzugreifen.

Eine Frage des Abg. Ritzek beantwortet Frau Kietzer dahin, dass sich die Kontakte Kiels zu Kaliningrad auf die Stadt Kaliningrad konzentrierten.

Frau Kietzer geht sodann auf eine Frage der Abg. Spoorendonk ein und legt dar, bezüglich der Hafenzusammenarbeit gebe es keine direkten Fortschritte; ihr sei aber bekannt, dass das Interesse nach wie vor groß sei.

Auf eine Frage der Abg. Dr. Kötschau bezüglich der Erteilung der Visa legt Frau Kietzer dar, nach wie vor gebe es Probleme. Die Stadt Kiel stehe in intensivem Kontakt mit dem Generalkonsulat. - Abg. Dr. Kötschau berichtet von einer Vereinbarung des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften mit dem Auswärtigen Amt. Dem Auswärtigen Amt lägen die Satzungen aller Mitgliedsgesellschaften vor. Lade eine dieser Gesellschaften ein, sei dem Auswärtigen Amt bekannt, wer hinter der Einladung stehe. Dann gäbe es keine Probleme mit der Visaerteilung. Sie rege daher an, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt zu treffen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Ausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Thema der Visaerteilung beschäftigt und dazu einen kompetenten Vertreter, beispielsweise aus dem Generalkonsulat, einlädt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Stadtbaurats der Stadt Kiel, Ronald Klein-Knott, über das geplante Hörn-Projekt**

Herr Klein-Knott gibt einen Überblick über bereits realisierte und noch zu realisierende Baumaßnahmen im Bereich der Hörn und der Wik (Umdruck 15/1231).

Abg. Lehnert regt an, in die Skizzen nicht nur die Landesregierung, sondern auch den Landtag - insbesondere vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus des Plenarsaals - aufzuführen.

Frau Meyer merkt an, die Maßnahmen im Kieler Innenstadtbereich hätten nur deshalb durchgeführt werden können, weil die Gebiete Fördergebiete der Europäischen Union (Ziel-2-Gebiete) gewesen seien. - Der Vorsitzende greift diese Äußerungen auf und gibt seine Auffassung kund, dass Projekte dieser Größenordnung künftig ohne die EU wohl nicht mehr möglich sein würden.

Frau Kietzer gibt ihre Freude über die im Ausschuss geäußerte Zustimmung zu den Projekten Ausdruck. Sie führt aus, es gebe allerdings etwas, für das die Unterstützung des Landtages notwendig sei. Notwendig sei nämlich nicht nur, dass über Konversion gesprochen werde und Veranstaltungen darüber stattfänden, sondern auch, dass das Land ein eigenes Konzept auflege, und zwar trotz aller haushaltsmäßigen Probleme.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Vorstellungen des URBAN-Büros**

Frau Meyer, die Leiterin des Amtes für Wirtschaft, Verkehr, Stadt und Regionalentwicklung der Stadt Kiel, gibt einen kurzen Überblick über das Projekt URBAN (siehe Broschüre der Stadt Kiel „Kiel URBAN“, Umdruck 15/1196). Im Folgenden stellen Frau Basoglu und Herrn Adloff das Gemeinschaftsbüro URBAN-Büro Kiel/Soziale Stadt anhand von Overheadfolien vor (Umdruck 15/1243).

Die Vertreter der Stadt Kiel betonen, dass im Rahmen eines derartigen Projektes bereits kleinste Beträge als Anschubfinanzierung nützlich wären.

Eine Frage des Abg. Benker beantwortet Herr Adloff dahin, dass es sehr schwer sei, meßbare Faktoren für den Erfolg eines derartigen Projektes anzuführen. Es sei allerdings statistisch feststellbar gewesen, dass der Anstieg der Arbeitslosenquote im Fördergebiet geringer gewesen sei als in der Reststadt. Weiter habe Gaarden in einem Jahr die Zahl der Einwohner gesteigert. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses sei festzustellen, dass sich immer mehr Menschen aktiv einbrächten.

Der Vorsitzende beendet die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis darauf, dass sich der Europaausschuss zu gegebener Zeit erneut mit dieser Thematik beschäftigen werde.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2001**

hierzu: Umdruck 15/1085

Der Ausschuss streicht den für den 19. Juli 2001 vorgesehenen Reservetermin und kommt überein, den für Montag, den 9. Juli 2001, für eine Anhörung vorgeschlagenen Termin nicht in Anspruch zu nehmen.

Im Folgenden legt er folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2001 fest:

Mittwoch, 5. September, 10:00 Uhr

Montag, 8. Oktober, 10:00 Uhr (Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem Finanzausschuss)

Mittwoch, 10. Oktober, 10:00 Uhr

Mittwoch, 7. November, 10:00 Uhr

Mittwoch, 5. Dezember, 10:00 Uhr

Mittwoch, 19. Dezember, 10:00 Uhr (Reservetermin)

Der Vorsitzende erklärt sich bereit, mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses Verbindung aufzunehmen, um einen Termin für eine mögliche gemeinsame Anhörung zum Thema Zukunft der Landwirtschaft zu vereinbaren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende verteilt an die Mitglieder des Ausschusses die Resolution anlässlich des 5. Politischen Forum zum STRING-Projekt.

Abg. Benker regt ein Glossar über im europäischen Bereich gebräuchliche Abkürzungen an.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführerin